

Nachrichten

Rüge für Baudirektorin Sabine Pegoraro

**Liestal.** Gar keine guten Noten erhält Baudirektorin Sabine Pegoraro für ihre Antworten zu einer Interpellation von Klaus Kirchmayr (Grüne) zum leer stehenden Amtshaus in Laufen. Nacheinander empörten sich gestern im Landrat Kirchmayr, Georges Thüring (SVP) und Linard Candreia (SP) über das seit April 2014 ungenutzte historisch wertvolle Gebäude. Auch Pegoraras Versprechen, sie werde nach Ostern eine Vorlage zum Transfer des Amtshauses ins Finanzvermögen überweisen, vermochte die Gemüter nicht zu beruhigen. Zu den Kosten, die der Leerstand verursacht, konnte die Baudirektorin keine Angaben machen. Gu

Noch kein Vizepräsident für das Kantonsgericht

**Liestal.** Das Vizepräsidium des Baselbieter Kantonsgerichts für den Rest der Amtsperiode bis im März 2018 ist noch nicht besetzt. Die Geschäftsleitung des Landrats hat die Wahl auf den 17. März verschoben. Ursprünglich war es als Traktandum 1 für die gestrige Sitzung vorgesehen. Um das Vizepräsidium ist wie schon vor der Wahl von Kantonsgerichtspräsidentin Christine Baltzer ein Streit entstanden. Gesetzliche Vorschriften und die Ansprüche der Parteien auf eine Vertretung in der Geschäftsleitung des Kantonsgerichts führen dazu, dass der Landrat bei der Besetzung des Vizepräsidiums stark eingeschränkt ist. Dies dürfte der Grund für die Verschiebung sein. Gu

# Landrat will Beschränkung der Amtszeit aufheben

Ja zur parlamentarischen Initiative von Susanne Strub (SVP)

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Die Tage der Amtszeitbeschränkung auf vier Legislaturperioden für Landrätinnen und Landräte könnte bald schon der Vergangenheit angehören. Der Landrat hat gestern eine parlamentarische Initiative von Susanne Strub (SVP) mit 42 zu 37 Stimmen bei einer Enthaltung an die Justiz- und Sicherheitskommission überwiesen. Diese hat nun die Aufgabe, eine entsprechende Verfassungsvorlage zuhanden des Ratsplenums auszuarbeiten. Eine alternative Initiative, ebenfalls von Susanne Strub, die eine Verlängerung der höchstmöglichen Amtszeit von vier auf fünf Amtsperioden – also maximal 20 Landratsjahre – forderte, wurde hingegen mit 40 Nein zu 37 Ja, bei einer Enthaltung, abgelehnt.

Die Initiantin erklärte in ihrer Begründung, es gehe ihr in keiner Art und Weise um die Unterstützung von Sesselklebertum. «Das Wahlvolk honoriert solches ohnehin nicht», sagte die Häfelfingerin. Es sei aber so, dass die Fluktuation im Landrat aus verschiedenen Gründen – berufliche, familiäre, persönliche – zu hoch sei. Und wenn dann noch die Amtszeitguillotine hinzukomme, gehe in diesem Rat einfach zu viel Know-how verloren. Aus diesem Grund, so Susanne Strub, sei die

Beschränkung entweder ganz aufzuheben oder neu festzulegen.

Quer durch die Parteien

Die in jüngster Zeit häufig erkennbare Front mit den Bürgerlichen auf der einen und den Links-Grünen auf der andern Seite trat bei diesem Geschäft nicht zutage. Diesmal verlief die Front quer durch die Parteien. Klar für eine Aufhebung war die SVP-Fraktion, die Freisinnigen waren mehrheitlich auch dafür, aber geteilt, ebenso die SP. «Die Amtsdauer gehört in die Eigenverantwortung des einzelnen Ratsmitglieds. Zudem haben wir am Schluss das Wahlvolk, das entscheidet», sagte Marc

demokratin. Hanspeter Weibel (SVP) führte ins Feld, dass die heutige Lösung den «Gedächtnisverlust» des Parlaments fördere, wovon vor allem die Verwaltung profitiere.

Klar gegen die Aufhebung sprachen sich die Fraktionen von Grünen/EVP und GLP/GU aus. «Das Verfalldatum ist eine solide Stütze unseres Milizsystems. Es gibt keinen wirklichen Grund für die Aufhebung der Amtszeitbeschränkung», sagte der Fraktionschef der Grünen/EVP, Klaus Kirchmayr. Ebenfalls dagegen sprachen sich die beiden 2019 direkt von der Altersguillotine Betroffenen Regula Meschberger und Martin Rüegg (beide SP) aus. Fluktuation bedeute beileibe nicht nur Verlust. «Neue Leute bringen neue Ideen», sagte Meschberger. Und Rüegg meinte, der Kanton habe derzeit wahrlich andere Probleme als die Abschaffung der Amtszeitbeschränkung.

Schliesslich trat Sara Fritz (EVP), die im Alter von 24 Jahren als Nachrückende in den Landrat kam, dem Argument entgegen, die Guillotine würde vor allem Junge besonders hart treffen. «Die mir zustehenden maximal 14 Landratsjahre reichen völlig aus. Es gibt schliesslich noch anderes im Leben, als Landrat sein.»

Den definitiven Entscheid über die Amtszeitbeschränkung fällt das Volk.



Landrat

Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Schinzel (FDP) und unterstützte die parlamentarische Initiative aus «liberalen Gründen». Man müsse, so Schinzel, nicht mehr regeln als nötig, und eine Amtszeitbeschränkung sei nicht nötig. Pia Fankhauser votierte für Gleichberechtigung mit dem Regierungsrat. «Entweder wir statuieren eine Amtszeitbeschränkung auch für Regierungsräte oder gar keine», sagte die Sozial-

## Die Entscheide werden in Bundesbern gefällt

Regierungsrat Weber nimmt Stellung zu den Investitionen in das Hafenprojekt Basel Nord

Von Thomas Dähler

**Liestal.** Regierungsrat Thomas Weber hat gestern in Liestal klargestellt, dass es der Bund ist, der die entscheidende Rolle bei den Investitionen in das Hafenprojekt Basel Nord spielt. «Egal in welches Projekt investiert werden soll, es geht nicht ohne das Okay des Bundesamts für Verkehr», sagte Weber. Der Landrat behandelte gestern die Antworten der Regierung vom vergangenen Oktober auf zwei Interpellationen von Marc Schinzel (FDP) und Hanspeter Weibel (SVP) vom vergangenen Oktober sowie zusätzliche Antworten vom Januar auf einen weiteren Vorstoss von Schinzel. Klar wurde gestern, dass das Konkurrenzprojekt im benachbarten Weil am Rhein keine Chance hat, weil der Bund längst entschieden hat, in Basel Nord zu investieren.

Schon bei der Beantwortung der Interpellationen im Oktober hatte die Baselbieter Regierung darauf hingewie-

sen, dass in Weil am Rhein mit Mehrkosten von 40 Franken pro Container zu rechnen ist. Doch dies war nicht ausschlaggebend, wie gestern im Landrat zu erfahren war. «Den Interessen von Privaten stehen gesamtwirtschaftliche Interessen entgegen», sagte der Volkswirtschaftsdirektor. Dass die Rheinhäfen von nationaler Bedeutung seien, habe das eidgenössische Parlament entschieden. Basel Nord profitiere davon. Weber stellte auch klar, dass es bei keinem der fraglichen Projekte ohne Subventionen gehe. Das gelte zudem auch für die heutigen Containerterminals von Frenkendorf und Rekingen.

Hanspeter Weibel hatte zuvor in Ergänzung seines Vorstosses moniert, dass er den Verdacht hege, Parteikollege Weber sei sich nicht im Klaren, dass der Staat dank Subventionen in Basel Nord Private konkurrenzieren, dass davon ein Unternehmen im Baselbiet betroffen sei und dass Baseland als an den Rheinhäfen Beteiligter mitreden

könne. «Ich habe mich auch gefragt, wer der mögliche Ghostwriter der regierungsrätlichen Antworten auf die Interpellationen ist», meinte Weber, der damit indirekt die Doppelrolle von Weber als Baselbieter Volkswirtschaftsdirektor und als Verwaltungsrat der Schweizerischen Rheinhäfen kritisierte.

Auch Marc Schinzel gab sich weiter skeptisch: «Die Bedenken zu Basel Nord wurden zu rasch unter den Tisch gewischt.» Das Geschäftsmodell sei unklar. Von zentraler Bedeutung sei die Wirtschaftlichkeit. Dazu aber fehlten konkrete und nachvollziehbare Angaben. Er könne nicht verstehen, dass die Regierung die vorgelegten Zahlen nicht hinterfrage. Seiner Ansicht nach dürfe sich das Geschäftsmodell nicht nach den Subventionen richten, sondern die Subventionen nach dem Geschäftsmodell. Mit SBB Cargo verlasse man sich zudem auf einen Partner, der schon in der Vergangenheit mit Bundesgeldern aufgefangen werden musste.

## Kein Vorrang für Schweizer Professoren an der Uni Basel

Motion Schäfli wurde auch als Postulat nicht überwiesen

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Der Landrat lehnt eine Intervention bezüglich Einstellung von ausländischen Professoren an der Universität Basel oder ein Inländervorrang bei der Vergabe von Professuren ab. Das Kantonsparlament hat gestern eine entsprechende Motion des früheren SVP-Landrats Patrick Schäfli auch in der schwächeren Form des Postulats mit 40 zu 38 Stimmen, bei einer Enthaltung, abgelehnt. Schäfli hatte sich daran gestört, dass 49 Prozent der Professoren an der Uni Basel aus dem Ausland, 35 Prozent allein aus Deutschland stammen.

Für die Motion votierte vor allem die SVP-Fraktion. Hanspeter Weibel fragte sich in diesem Zusammenhang, ob die Schweizer Universitäten möglicherweise ein Ausbildungsdefizit aufwiesen angesichts der Tatsache, dass Spitzenkräfte so oft aus dem Ausland

Kommentar

## Vier Amtszeiten sind genug

Von Thomas Gubler

Geht wirklich so viel unersetzbares politisches Know-how verloren, wenn ein Landrat oder eine Landrätin nach vier Amtsperioden ausscheiden muss? Ist es für junge Politiker tatsächlich unzumutbar, wenn sie nach 16 Jahren eine Pause einlegen müssen? Und ist es so schlimm, wenn angebrochene Amtsperioden als ganze zählen und dazu führen, dass eine Landratskarriere dann beispielsweise nur 14 statt 16 Jahre dauert?

Nein! Vier Amtsperioden sind in den allermeisten Fällen genug. Wer 16 Jahre hervorragende politische Arbeit geleistet hat, tritt normalerweise gerne ab. Nicht zufällig begrüssen deshalb die allermeisten Direktbetroffenen die Beschränkung. Und wer nach vier Amtsperioden noch nicht durchgestartet ist, wird es auch in einer fünften nicht mehr. Klar gibt es Einzelfälle, in denen ein Ausscheiden bedauerlich ist. Deswegen aber eine Verfassungsbestimmung zu kippen, die sich im Wesentlichen bewährt hat, ist nicht angebracht. thomas.gubler@baz.ch

# Meist verschlossene Türen auf Schloss Wildenstein

Bericht zum Postulat für eine Attraktivitätssteigerung überzeugt nur teilweise – alt Landrat fordert bessere Bewirtschaftung

Von Christian Horisberger

**Bubendorf.** Der Wildenstein sei längst ein Volksschloss. Und mit den zusätzlichen Angeboten auf der Basis des neuen Nutzungskonzepts werde «das Optimum mit den zur Verfügung stehenden Mitteln herausgeholt». Dies hält der Regierungsrat in seinem Bericht zum Postulat von Hans Furer fest. Der ehemalige GLP-Landrat hatte 2014 eine professionelle Verwaltung für den Wildenstein gefordert, nachdem das Volk beschlossen hatte, dass der Wildenstein in Kantonsbesitz bleibt. Furer fand, nach dem «A» des Volkes müsse der Kanton nun «B» sagen: Ihm schwebte eine Nutzung während des ganzen Jahres vor, regelmässige Öffnungszeiten mit offenen Türen bei Spontanbesuchen sowie viele zusätzliche Events.

Tatsächlich hat sich auf dem Wildenstein seit Furers Postulat, dem sich etliche Parlamentarier quer durch alle Parteien anschlossen, etwas getan: Ein neuer Erlebnispfad im englischen Garten informiert über die Geschichte von Schloss und Umgebung, zudem gibt es neue 3-D-Guckkästen und Infotafeln sowie die elektronische Märchentante Kunigunde, die losplaudert, sobald ein



«Viel Luft nach oben». Für den Kanton ist das touristische Angebot auf dem Wildenstein ausreichend – für Hans Furer nicht. Foto Florian Bärtschiger

Besucher ihr die Aufwartung macht. Das Hofgut neben dem Schloss bietet ausserdem Essen und Getränke in Selbstbedienung an.

Postulant Furer spricht denn auch von einem Quantensprung, «aber das

Niveau zuvor war auch schwach». Der Parcours im Freien sei tiptopp, die Selbstbedienungsbeiz habe ihn bei einem Besuch weniger überzeugt. Und der Schlosshof, der attraktivste Teil für Besucher, sei nach wie vor zu selten

geöffnet. «Das Postulat wurde ganz nach Baselbieter Art erfüllt», bilanziert Furer: «Man erkannte im Vorstoss etwas Sinnvolles, machte ein bisschen was und hoffte, der Postulant sei zufrieden.» Ist er aber nicht. «Hätte man ernsthaft in Erfahrung gebracht, wie sich die Wildenstein-Besucher wohler fühlen, würde man den Schlosshof sicher nicht schliessen.» Auch beim Gastro-Angebot ortet Furer grosses Verbesserungspotenzial. Der Kühlschrank mit einigen Esswaren und Getränken sowie eine Bankgarnitur im Kuhstall des Hofguts sei sympathisch, doch sei da noch viel Luft nach oben.

Vermietung hat Priorität

Im Bericht weist die Regierung auf das bestehende Angebot hin: Es sind dies die Vermietung von Räumen des Schlosses für Hochzeiten und Familienfeiern sowie Firmenanlässe und Seminare, zudem finden auf Anmeldung Führungen für Schulklassen statt. Hinzu kommen die Aktivitäten des Vereins der Freunde von Schloss Wildenstein: sechs bis acht Kulturveranstaltungen sowie zusätzliche kostenlose Schlossführungen ohne Anmeldung immer am ersten Sonntag im Monat

von April bis September. Alleine mit den jährlich rund 120 Buchungen über den Kanton sähen rund 4500 Personen das prachtvolle Schloss auch von innen.

Den Begriff «Volksschloss» unterstreicht die Regierung in ihrem Bericht auch mit den tiefen Gebühren: Der günstigste Raum inklusive Küchenbenutzung sei ab 200 Franken zu haben, somit könnten es sich auch Leute mit kleinem Budget leisten, auf Schloss Wildenstein zu feiern.

Und dem wird offenbar Priorität eingeräumt: Regelmässige Öffnungszeiten oder weitere Veranstaltungen könnten nicht realisiert werden, da sie mit dem Mietkalender kollidieren würden und das dafür notwendige Personal nicht zur Verfügung stehe. Im Übrigen verweist der Bericht darauf, dass auch andere Schlösser während der Wintermonate für die Öffentlichkeit geschlossen seien. Furer spürt in solchen Argumentationen zu wenig Wille, mehr zum Positiven zu verändern. Zu einem Konzept gehörten Fragen wie: «Wann kommen die meisten Leute? Wie läuft der Betrieb im Sommer? Wie muss man Betrieb und Beiz aufziehen, dass etwas läuft?» Stelle man diese Fragen aber nicht, erhalte man auch keine neuen Erkenntnisse.